

**Dr. Ernst Lennhoff, Das ländliche Gesindewesen in der Kurmark Brandenburg vom 16. bis 19. Jahrhundert (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von O. Gierke. 79. Heft). Breslau 1906.**

In erfreulicher Weise haben sich in neuerer Zeit geschichtliche Arbeiten über das Gesindewesen und das Gesinderecht gemehrt. Abgesehen von der Mitberücksichtigung des Gegenstandes in größeren Werken wie bei Knapp und Max Lehmann gehören namentlich die Studien von Kaehler, Wuttke (Kursachsen), P. Frauenstädt (Schlesien und Ostpreußen), H. Steffen (Ostpreußen) hierher, die sich wieder an die älteren Arbeiten von Hertz und Kollmann anschließen. Speziell die Mark Brandenburg, für die schon Silbermann und Großmann verdienstlich vorgearbeitet haben, hat in neuerer Zeit zwei Bearbeitungen, die parallel entstanden sind, erfahren, die Arbeit von Hedemann über die Fürsorgepflicht des Gutsherrn (vgl. Rietschel in dieser Zeitschr. 1906 S. 436) und die vorliegende Schrift. Während Hedemann eine einzelne, besonders wichtige Seite der Sache herausgekehrt hat, bringt Lennhoff eine zusammenfassende Darstellung wohl des gesamten zurzeit zugänglichen Materials unter starker Benutzung der Aktenbestände des Geheimen Staatsarchivs.

Die Bearbeitung gerade des brandenburgischen Materials war besonders notwendig und dankenswert. Es handelt sich dabei um die geschichtlichen Grundlagen der Gesindeordnung von 1810, und dieses Gesetz hat wieder für die gesinderechtliche Entwicklung fast ganz Deutschlands entscheidende Bedeutung erlangt (vgl. die Zusammenstellungen bei Kähler, Gesindewesen S. 114ff.). Dabei zeigt Lennhoffs Buch aufs neue die befreiende Wirkung der Landrechtskodifikation und ihrer Nebengesetze.

Der Verfasser zeichnet zunächst eingehend den äußeren Gang der brandenburg-preußischen Gesetzgebung. Auf die ersten Versuche von 1518, 1573 und 1575 folgen die Gesindeordnungen von 1620, 1635, 1644, 1645, 1651, 1682, 1722, 1735, 1751, 1769. Alle diese Gesetze sind unter fast ausschließlich ständischem Einfluß entstanden, alle sind im wesentlichen gefühlsrohe Ordnungen gegen das Gesinde, zur Unterdrückung von „muthwillen, frevel, halsstarrigkeit, ungehorsam und bosheit des Gesindes, wie auch der Hirten und Schäfer“; die jüngeren sind wertvolle Belege für die große Macht der Stände auch unter dem absoluten System: die Landesherren fühlen sich längst nicht mehr als bloße Großgrundbesitzer und Genossen ihrer Stände, in ihren Behörden leben die Aufklärungsgedanken, auf den Domänen greift eine mildere Behandlung des Gesindes Platz — und doch liefert man im übrigen das ländliche Gesinde den Gutsherren aus. Das dauert noch über die Formulierung des Gesinderechts im A. L. R. fort und erst die Gesindeordnung von 1810 hat mit den ungesunden Anschauungen der alten Zeit gebrochen — die letzten im Leben zurückgebliebenen Reste vernichtet die moderne Wirtschaftsentwicklung.

Die große Zahl der Ordnungen und ihre Entstehungsgeschichte zeigt übrigens in interessanter Weise, wie das Gesinderecht auch darin dem Familienrecht eng verwandt ist, daß hier das Leben sich dem geschriebenen Recht sehr häufig nicht fügt, vielmehr besonders oft seine eigenen Wege geht.

Im Anschluß an die Gesetzgebungsgeschichte bespricht sodann der Verfasser in systematischer Ordnung die Entwicklung des Gesinderechts und des Gesindewesens. Zunächst wird für das freie Gesinde Begriff, Entstehung, Vertragsschluß und Dienstantritt, Pflichten, Strafen, Schulwesen, Rechte und Dienstbeendigung besprochen. Daran reihen sich Darlegungen über das Zwangsgesinde und seine Rechtslage. Eine Wiedergabe des reichen Inhalts ist hier nicht möglich. Das Gesamtbild stimmt traurig: rücksichtslose niedrige Lohntaxen lediglich im Interesse der Besitzer zur Verhinderung des Überbietens bei chronischer Leutenot, im gleichen Sinne erlassene Bestimmungen über die Ernährung (z. B. Strafandrohungen gegen Gewährung von mehr als drei Mahlzeiten täglich), Verbot von Geschenken an das Gesinde, entsetzliche Prügelstrafen, möglichste Einschränkung der Schulbildung, weil das Bauernkind desto gehorsamer ist, je weniger es gelernt hat. Daraus folgen dann die Einzelheiten. Rechtshistorisch interessant sind die Mitteilungen über den Vertragsschluß, ein kleiner Beitrag zur Geschichte des deutschen Vertragsformalismus; ferner die Darlegungen über die Nicht-innehaltung des Antrittstages (S. 51), ein Beitrag zur Geschichte des Verzugsrechts: die mitgeteilten Tatsachen lehren, wie sich die Grundgedanken des römischen Verzugsrechts, verwoben mit den deutschen Vertragsbruchfolgen, allmählich in Deutschland durchdrangen. Weiterhin ist die Geschichte des Züchtigungsrechts hervorzuheben (S. 63 ff.): das A. L. R. und die Gesindeordnung brachten hier grundstürzende Neuerungen für das freie Gesinde, und Lennhoffs Mitteilungen bestätigen die Auffassung der späteren preußischen landrechtlichen Praxis, daß unter Beseitigung des Züchtigungsrechts damals nur ein Strafausschließungsgrund bestehen blieb. Gleichzeitig zeigen die von ihm wiedergegebenen interessanten Verhandlungen von 1795 über die Züchtigung des Zwangsgesindes, daß man im Justizdepartement am Ende des Jahrhunderts noch sehr weit entfernt von einer völlig geläuterten Auffassung von der Menschenwürde des Gesindes war, daß aber andererseits im Westen der Monarchie grundverschiedene Ansichten herrschten: Die westlichen Regierungen betrachteten die dem Osten geläufige körperliche Züchtigung des Gesindes als etwas in ihren Bezirken ganz Unerhörtes. Die Entwicklung des Gesinderechts z. B. in Kurhessen bestätigt übrigens die etwas humanere Gestaltung der westlichen Verhältnisse, worauf ich an anderer Stelle zurückzukommen hoffe. — Verfassungsgeschichtlich interessant ist die Geschichte des Gesindezwanges in Brandenburg (S. 183 ff.), die manche neuen Einzelheiten bringt; ferner die auch bei den gesinderechtlichen Bestrebungen immer wieder hervortretende bekannte Erscheinung, daß die Gerichte und namentlich auch das Kammergericht zuerst offen, später mehr

versteckt bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Interessen der Stände verfochten, sehr im Gegensatz zu den Beamten des Kammerstaates. — Für den Gesindebegriff endlich ist die Beobachtung Lennhoffs (S. 38) wichtig, daß unausgesprochen nach allen brandenburg-preußischen Gesindeordnungen seit 1620 die allgemeine Unterwerfung unter den Willen der Herrschaft das eigentlich entscheidende Kriterium für das Gesindeverhältnis ist; es ist ursprünglich, wie Lennhoff richtig sagt, aus der Hausgemeinschaft gefolgert; allmählich, und namentlich für die Gesindeordnung von 1810 war die Hausgemeinschaft aber nicht mehr wesentlich: Die Unterwerfung unter die Munt tritt z. B. beim sog. Hofgesinde und noch heute bei dem nicht im Hause wohnenden landwirtschaftlichen Gesinde auch ohne Hausangehörigkeit auf (vgl. Jahrb. f. Stat. 15 S. 265). Die geschichtliche Entwicklung lehrt denn auch, daß der Muntgedanke allein eine praktisch-brauchbare und edle Ausgestaltung des Gesindewesens zu tragen vermag; nichts ist verfehlter, als im Kampf gegen heutige Überbleibsel der alten rohen Ausartungen des Gesindeverhältnisses — wie sie sich hier und da im Recht, noch mehr aber in manchen egoistischen Köpfen erhalten haben — in das Extrem einer rein obligatorischen Auffassung des Gesindeverhältnisses zu verfallen und dessen personenrechtlichen Charakter zu vergessen oder zu zerstören.

Lennhoffs schönes Buch regt auch sonst vielfach an; es sei z. B. auf die Bemerkungen über das Verhältnis der Observanzen und der Patrimonialgerichtsbarkeit (S. 118) hingewiesen. Erfreulich ist auch mancher neue Einblick in die Tätigkeit von Svarez und Carmer und in die Wirkungen der kameralistischen Literatur auf die Gesetzgebung. Es mag dazu gestattet sein, auf Kants Rechtslehre (1798<sup>2</sup> S. 115 ff. § 30) hinzuweisen, wo sich eine von Lennhoff nicht herangezogene Betrachtung über das Gesinderecht findet. Wenn Lennhoff (S. 65) die Deduktion von Svarez, daß das Vertragsverhältnis ein Züchtigungsrecht nicht zulasse, als schlechthin unhaltbar bezeichnet, so ist dem entgegenzuhalten, daß auch Kant alle für das Gesinde geforderten Fortschritte aus der Vertragsidee deduziert: der Hausherr „kann sich nie als Eigenthümer desselben (*dominus servi*) betragen: weil er (*sc. servus*) nur durch Vertrag unter seine Gewalt gebracht ist, ein Vertrag aber, durch den ein Theil zum Vortheil des Andern auf seine ganze Freyheit Verzicht thut, mithin aufhört, eine Person zu seyn, folglich auch keine Pflicht hat, einen Vertrag zu halten, sondern nur Gewalt anerkennt, in sich widersprechend, d. i. null und nichtig ist“. Von hier aus verwirft Kant die Leibeigenschaft, den Zwangsdienst, den lebenslänglichen Dienst etc. Das Züchtigungsrecht selbst erwähnt er nicht, doch kann nach dem Gesamtzusammenhang kein Zweifel sein, daß er es mißbilligt. Die Vertragsidee, der Lieblingsgedanke des Naturrechts, ist ihm das Mittel, auch im Gesinderecht die menschliche Würde zur Geltung zu bringen.

Marburg a/L.

Ernst Heymann.